

Neues Bad soll mehr als ein Sparmodell werden

Bei der öffentlichen SPD-Mitgliederversammlung wurde die weiter gedachte „puristische“ Variante von Förderverein und DLRG vorgestellt. Aus den Reihen der Bürger waren etwa Stimmen pro und contra (Textil-)Sauna zu hören

Von Petra Kefler

Voerde. Der Förderverein „Voerder Bäder“ und die DLRG bringen in der Debatte um die Ausstattung des geplanten Kombibades für Voerde eine dritte Alternative ins Spiel. Was ihrer Ansicht nach die beste Lösung wäre, konnten die Teilnehmer der öffentlichen Mitgliederversammlung der SPD zu dem Thema in der Gaststätte Hinnemann erfahren, und Fragen stellen, Anregungen geben. Bevor der Vorsitzende des Bäderevereins, Prof. Dr. Günther Jacobi, die Vorschläge erläuterte, merkte er an, dass sein etwa 500 Mitglieder zählender Verein die „breite Voerder Bevölkerung“ widerspiegele – möglicherweise auch eine Anspielung auf den Streit im Vorfeld der Veranstaltung: Die CDU hatte in Richtung Bürgermeister Kritik an einer bislang fehlenden „parteiunabhängigen“, von der Verwaltung organisierten Information „für alle Bürger“ geübt.

Streit spielte kaum eine Rolle

Der Zwist spielte bei der SPD-Bürgerinfo keine tragende Rolle mehr, es dominierte die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Projekt. Einzig zum Schluss kam der Streit noch einmal zur Sprache. Für die CDU-Vertreter überraschend mit Schelte aus den eigenen Reihen: Hans-Werner Tomalak, dereinst Fraktionschef der Voerder Christdemokraten, beglückwünschte die SPD zu der Veranstaltung und bezeichnete die geäußerte Kritik als „völlig absurd“. SPD-Fraktionschef Uwe Goemann betonte, dass noch zu einer Bürgeranhörung eingeladen werde.

Für den Bau des Kombibades auf dem Freibadgelände stehen zwei Va-



Stefan Schmitz (l.), SPD-Ratsherr und Vorsitzender des Kultur- und Sportausschusses, erläuterte bei der Bürgerinfo zunächst die beiden im Raum stehenden Varianten.

FOTO: HEIKO KEMPKEN / FUNKE FOTO SERVICES

rianten im Raum: Die „große“ Lösung, die über eine Standardausstattung hinaus mit einem abgetrennten Sprungbereich mit Ein- und Drei-Meter-Brett, Erlebnisbecken, Gastronomie, Textilsauna und draußen mit einem Solebecken aufwartet, dürfte in Anbetracht der rund 18,6 Mio. Euro an Investitionskosten und der etwa 1,84 Mio. Euro, die jährlich von der Stadt als Zuschussbedarf aufgebracht werden müssten, eine Nummer zu groß sein. Die „puristische“ Alternative – hier werden die Investitionskosten mit 11,7 Mio. Euro und der jährliche Zuschussbedarf mit 1,34 Mio. Euro angegeben –

ist aus Sicht von Förderverein und DLRG aufgrund nicht zu erfüllender Anforderungen für Prüfungen auch nicht der Stein des Weisen.

Ihr Vorschlag beruht darauf, diese Variante 2 weiter zu denken. Plädiert wird für eine Ein- und Drei-Meter-Brett-Sprunganlage auch im Hallenbad, woraus sich eine Beckentiefe von drei Metern ergibt. „Dann ist der ganzjährige Prüfungsbetrieb für die DLRG gewährleistet“, erklärte Günther Jacobi. Ein weiterer Wunsch ist, das Innenbecken mit fünf statt vier Bahnen auszustatten, wodurch „erweiterte Trainingsmöglichkeiten“ entstünden. Die Attraktivität des Ba-

des steigern würde nach ihrer Meinung eine Textilsauna. In der puristischen Variante gäbe es gar kein „Schwitzbad“. Für eine Textilsauna würden keine gesonderte Umkleide, Garderobe, Dusche und kein Ruhebereich benötigt, argumentieren beide Vereine. Es könnten Betriebskosten gespart werden. Bei einigen Zuhörern traf die Idee eher auf wenig Gegenliebe. „Das hat mit Entspannung nichts zu tun“, hieß es da. Der Wunsch nach einer „richtigen Sauna“ wurde laut – wie aber auch der Standpunkt, dass sich angesichts der Angebote in der Umgebung ganz darauf verzichten ließe.

Der Vorschlag des Fördervereins, das 50-Meter-Becken auf dem Freibadgelände zum Teil zu erhalten, indem die Bahnen auf 25 Meter verkürzt werden, wurde ebenfalls weitergedacht. Der Vorschlag ist, drei der sechs Bahnen auf Nichtschwimmer-Niveau zu bringen, sprich bis maximal 1,35 Meter aufzufüllen – was Wasservolumen und Betriebskosten reduzieren würde. Die Idee, das alte Becken zu erhalten und mit dem Einbau von Edelstahl zu modernisieren, stieß auf ein geteiltes Echo: Da gab es den Hinweis, einzig die Fliesen zu erneuern und das Becken ansonsten so zu belassen, um mögliche Schäden am Beton zu vermeiden. SPD-Fraktionsvize Bastian Lemm sprach sich angesichts möglicher böser Überraschungen bei Sanierungen gegen den Erhalt des alten Beckens und dafür aus, einmal neu zu bauen und damit etwas für die Zukunft Sicheres zu schaffen.

Mehrmals wurde an dem Abend die Attraktivität des Geländes mit seinem üppigen Baumbestand hervorgehoben. Von einer „ziemlich einzigartigen Parklandschaft“ war da etwa die Rede. Der Charakter der Grünfläche müsse so weit wie möglich erhalten bleiben, lautete eine Forderung. Nicht nur einmal wurde zudem der Wunsch zumindest nach einem Kiosk in dem Kombibad laut.

„Wir haben hier vorne alles fleißig mitgeschrieben“, erklärte Uwe Goemann zum Schluss. Die Verwaltung will die konkreten Vorschläge vom beauftragten Büro hinsichtlich Investitions- und Betriebskosten mit Zahlen unterlegen lassen, wie Bürgermeister Dirk Haarmann gegenüber der NRZ sagte. Der Bürgerdialog sei für Ende November geplant.



Steilvorlage für den politischen Gegner

Eines vorweg: Selbstverständlich ist es einer Partei unbenommen und auch ihre Pflicht, das Ohr an Volkes Stimme zu halten. Bei einem derart wichtigen Thema das Heft in die Hand zu nehmen und nicht der Verwaltung die Rolle der Ersteinladenden zu überlassen, ist allerdings, milde ausgedrückt, unglücklich. Zwar war der Infoabend gut besucht, doch beim Blick in die Reihen wurde auch klar, dass etwa zwei Drittel derer, die dort saßen, im Kontext von Politik, Verwaltung oder der das neue Kom-

bibad nutzenden Vereine stehen. Nicht jeder möchte nun mal im Rahmen einer Parteiveranstaltung über geplante Großprojekte seiner Stadt informiert werden. Für manchen ist die Hemmschwelle, dorthin zu kommen, hoch.

Grundsätzlich stimmt die Reihenfolge einfach nicht. Die Verwaltung muss als erstes die breite Öffentlichkeit informieren, Anregungen aufnehmen. Der Bürgerdialog soll gegen Ende November, also wenige Wochen vor der wahrscheinlich entscheidenden Ratssitzung stattfin-

den. Ziel ist es, dass das Gremium am 10. Dezember die Badvariante beschließt. Da stellt sich die Frage, wie bis dahin noch mögliche neue Hinweise aus der Bürgerschaft mit einfließen können, müssen diese doch mit Zahlen unterlegt sein.

Die SPD hat mit der Veranstaltung letztlich ihrem eigenen Bürgermeister geschadet. Er selbst hätte auf die Erstinfo durch die Verwaltung pochen müssen. Dass der politische Gegner die Steilvorlage nutzt, war absehbar. Das gehört nun mal zum politischen Spiel.